

**Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Anlage 2

Unterstützung des Volksbegehrens "#6Jahre Mietenstopp"

**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Die Bürgerversammlung Neuhausen-Nymphenburg fordert den Bezirksausschuss und den Stadtrat auf, das Volksbegehren "#6Jahre Mietenstopp" zu unterstützen.

Begründung:

Ab 1.8.2019 gilt für städtische Wohnungen ein Mietpreisstopp für fünf Jahre.

OB Dieter Relter hat in seinem Brief vom 5.8.2019 an alle Mieterinnen und Mieter städtischer Wohnungen dazu geschrieben:

"Damit setzen wir ein Zeichen in Richtung Bund, Freistaat und private Vermieter und fordern auch sie auf, sich mit allen Mitteln für bezahlbares Wohnen einzusetzen."

Für viele Menschen, insbesondere in München, auch bei uns in Neuhausen-Nymphenburg, ist die Miete zum schwerwiegendsten sozialen Problem geworden.

Deshalb halte ich es für richtig, dass auch Bayern-weit für eine gewisse Zeit keine Mieterhöhungen stattfinden.

Dies ist das Anliegen des Volksbegehrens "#6Jahre Mietenstopp".

In diesem Sinne sollten wir hier gemeinsam den Bezirksausschuss und den Stadtrat auffordern, das Volksbegehren zu unterstützen.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

# VOLKSBEGEHREN #6 JAHRE MIETENSTOPP

JETZT  
UNTER-  
SCHREIBEN!

DAS  
KANN ICH  
MIR NICHT  
LEISTEN!

MIETERHÖHUNG

162

GEMEINDEN IN BAYERN  
IM MIETENNOTSTAND!

JETZT ZUSAMMEN  
FÜR FAIRE MIETEN  
UNTERSCHREIBEN!



DMB  
Bayern e.V.



DIE LINKE.  
LANDESVERBAND BAYERN

#ausspekuliert

[www.mietenstopp.de](http://www.mietenstopp.de)

# ANTRAG AUF ZULASSUNG DES VOLKSBEGEHRENS FÜR FAIRE MIETEN IN BAYERN #6-JAHREMIETENSTOPP

An das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration  
Die unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen gem. Art. 63 des  
Landeswahlgesetzes, ein Volksbegehren für folgenden Gesetzentwurf zuzulassen:

## Entwurf eines Gesetzes über die Begrenzung der Miethöhe in Bayern

### Art. 1 Anwendungsbereich

Dieses Gesetz gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnraum in den durch die am 7. August 2019 in Kraft getretene Mieterschutzverordnung ausgewiesenen Gebieten. Ausgenommen ist der dem Zweiten Wohnungsbaugesetz in Verbindung mit dem Wohnungsbindungsgesetz, der II. Berechnungsverordnung und der Neubaumietenverordnung unterliegende Wohnraum sowie nach dem Bayerischen Wohnraumförderungsgesetz (BayWoFG) geförderter Wohnraum in einem Studierenden- oder Jugendwohnheim und Wohnraum, der ab dem 1. Januar 2017 erstmals genutzt und vermietet wurde. Außerdem ausgenommen sind Mieterhöhungen von eingetragenen Genossenschaften, sofern die Generalversammlung auf Grund eines Grundstückskaufes beschließt, die Mieten zu erhöhen.

### Art. 2 Verbot von Mieterhöhungen in laufenden Mietverhältnissen

- (1) Eine Erhöhung der Miete im laufenden Mietverhältnis ist grundsätzlich verboten, es sei denn, die erhöhte Miete übersteigt nicht den Betrag von 80 % der ortsüblichen Vergleichsmiete.
- (2) Die §§ 559 bis 561 BGB bleiben unberührt. Dies gilt nur, soweit die erhöhte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete nicht übersteigt.
- (3) Zur Begründung einer die Grenze aus Abs. 1 überschreitenden Mieterhöhung darf sich der Vermieter auf die Vereinbarung einer Staffel- oder Indexmiete nicht berufen.

### Art. 3 Mietobergrenze bei Neuvermietung

Es ist verboten, im Zuge der Neuvermietung eine Miete zu verlangen, die über der ortsüblichen Vergleichsmiete gem. § 558 Abs. 2 BGB liegt.

### Art. 4 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig den Verboten aus Art. 2 oder Art. 3 zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach §§ 87 ff. Zuständigkeitsverordnung zuständige Behörde.

### Art. 5 Monitoring

Die Staatsregierung ist verpflichtet, einmal jährlich dem Landtag und der Öffentlichkeit auf der Basis ausgewählter Indikatoren über den Status und die Entwicklung der Mietsituation und der Miethöhe in allen Regierungsbezirken und Gemeinden Bayerns zu berichten (jährlicher Bericht zur Lage der Mietsituation Bayerns) sowie dem Landtag und der Öffentlichkeit einen Statusbericht zum staatlichen Wohnungsbestand vorzulegen.

### Art. 6 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am xxx in Kraft. Es tritt mit Ablauf des [6 Jahre später] außer Kraft.

